



Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Schweden

Die berufliche Bildung
unter Reformdruck



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Politik
und Gesellschaft



SCHWEDISCHE
BOTSCHAFT

Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Schweden

Die berufliche Bildung
unter Reformdruck



Impressum

ISBN 978-3-89892-845-8

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Text:

Dr. Nicola Schuldt-Baumgart,
Wirtschaftsjournalistin

Redaktion:

Anne Seyfferth

Fotos:

Titel: Ursula Kelm; Fotolia: Canakris,
Pavel Losevsky, Kay Ransom,
Doreen Salcher, Anatoly Tipliyashin
Innenseiten: Ursula Kelm

Gestaltung:

Meintrup, Grafik Design

Druck:

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Copyright 2007 by Friedrich-Ebert-Stiftung,
Forum Politik und Gesellschaft



INHALT

5 VORBEMERKUNG

6 BEGRÜSSUNG

Dr. Roland Schmidt,
*Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung*

Ruth Evelyn Jacoby,
Botschafterin Schwedens

10 IMPULSREFERATE

11 Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Schweden – Lehrlingsausbildung unter Reformdruck

Bertil Östberg,
*Staatssekretär, Ministerium für Bildung
und Forschung, Stockholm*

16 Berufliche Bildung in Deutschland

19 Reformansätze in Rheinland-Pfalz

Dr. Hans-Jürgen Berg,
*Abteilungsleiter, Ministerium für Bildung,
Wissenschaft, Jugend und Kultur, Rheinland-Pfalz*

22 DISKUSSION ZU DEN IMPULSREFERATEN

**Integration von Jugendlichen mit
Migrationshintergrund**

Übergangssystem

Durchlässigkeit der Bildungssysteme

24 DEUTSCH-SCHWEDISCHER EXPERTEN-DIALOG

Christoph Matschie,
Vorsitzender Forum Bildung beim SPD-Vorstand, Berlin

Prof. Dr. Martin Baethge,
Präsident Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen

Dr. Jonas Olofsson,
Sozialhochschule der Universität Lund

Hans-Detlev Küller,
*DGB Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung,
Forschung, Berlin*

Fredrik Mandelin,
*Gewerkschaftliche Zentralorganisation der Angestellten
(TCO), Stockholm*

Peter Thiele,
*Leiter Referat Grundsatzfragen der beruflichen Bildung,
Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn*

Dr. Günter Lambertz,
*stellvertretender Bereichsleiter Berufliche Bildung,
Bildungspolitik, Deutscher Industrie- und
Handelskammertag, Berlin*

36 DISKUSSION

**Bedeutung des Migrationshintergrundes und der
sozialen Herkunft**

Ansatzpunkte für Reformen des Bildungssystems

Schließen der Ausbildungsplatzlücke

Qualitätssicherung der beruflichen Ausbildung

41 INTERNETPORTALE ZUM THEMA



VORBEMERKUNG

Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit liegt in Europa im Durchschnitt doppelt so hoch wie die der über 25-jährigen und beträgt ca. 18 Prozent. Auch Schweden und Deutschland haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Ihre Systeme der Berufsbildung unterscheiden sich grundsätzlich: Während Deutschland noch immer auf das traditionelle Modell der dualen Bildung setzt, findet die Berufsausbildung in Schweden an staatlichen Schulen statt. Unser duales Ausbildungssystem genießt in Schweden Vorbildcharakter, kann aber mittlerweile weniger als 50 Prozent der Jugendlichen aufnehmen. Schweden steht Modell für ein weitgehend egalitäres Ausbildungssystem. In beiden Ländern steht das Bildungssystem unter Reformdruck.

Die Systeme der beruflichen Bildung müssen auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit reagieren. Mit dem Ziel, Impulse für eine Reformdebatte zur Modernisierung beruflicher Ausbildungssysteme zu geben, haben die Friedrich-Ebert-Stiftung und die schwedische Botschaft im September 2007 den Fachdialog „Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Schweden – Die berufliche Bildung unter Reformdruck“ organisiert.

Die vorliegende Publikation fasst die auf diesem deutsch-schwedischen Fachdialog gehaltenen Beiträge und Diskussionen zusammen. Sie werden damit anderen Fachleuten zugänglich gemacht.

Mein Dank gilt Dr. Nicola Schuldt-Baumgart, die die intensive Debatte in eine sehr komprimierte Form gebracht hat, sowohl allen Mitwirkenden und der Tagesmoderatorin Dr. Melinda Crane.

Anne Seyffert
Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung

BEGRÜSSUNG

6





Dr. Roland Schmidt,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Bildungspolitik zählt zu den wichtigen Elementen eines vorsorgenden Sozialstaats. Hochlohnländer wie Deutschland und Schweden müssen einen möglichst großen Teil der nachwachsenden Generationen gut ausbilden, um die Zukunftsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft sichern und das Wohlstandsniveau halten zu können. Aber erst ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem schafft hierfür die Voraussetzungen.

In Schweden und Deutschland stehen die Systeme der beruflichen Bildung unter großem Reformdruck – nicht zuletzt auch wegen der Lissabon-Strategie der Europäischen Union und der Vorschläge der EU-Kommission zur Entwicklung und Einführung eines Europäischen Qualifikationsrahmens.

Jungen Menschen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen ist eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft. Denn die volkswirtschaftlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Folgen von lang andauernder Jugendarbeitslosigkeit sind fatal. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit führt zu erheblichen Wohlfahrtsverlusten, vertieft die sozialen Spannungen in der Gesellschaft und verstärkt die Bereitschaft zu Gewalt und Kriminalität.

Das größte Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist das Ausbildungsdefizit. Hier stellt sich die Frage, welches Ausbildungssystem zukünftig den Anforderungen der Arbeitswelt am besten entspricht. Das System der dualen Berufsbildung in Deutschland gilt bis heute wegen seiner Praxisnähe als Stärke des deutschen Bildungssystems und genießt international Vorbildcharakter. Schweden hingegen steht als Modell für ein weitgehend chancengerechtes Ausbildungssystem. Die Berufsausbildung erfolgt dort ausschließlich im Rahmen der Sekundarstufe an staatlichen Schulen.

Die Ergebnisse der im Februar dieses Jahres im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienenen Studie „Berufsbildung im Umbruch – Signale eines überfälligen Aufbruchs“ machen die Verschiebungen in der Ausbildungsstruktur Deutschlands deutlich. Die Bundesregierung hat entschieden, den



8

bestehenden nationalen Ausbildungspakt, der in diesem Jahr um weitere drei Jahre bis 2010 verlängert wurde, durch zusätzliche Angebote für Jugendliche zu flankieren. Mit neuen Instrumenten soll die berufliche Eingliederung von jungen Menschen verbessert werden. Dazu zählt etwa die Einführung von Qualifizierungs- und Eingliederungszuschüssen für Jugendliche ohne Ausbildung bzw. für arbeitslose Jugendliche mit Ausbildung.

2007 ist das „Jahr der Europäischen Chancengleichheit“. Chancengleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verknüpfung von Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt. Bei der Reform unserer Systeme der beruflichen Bildung sollte diesem Gedanken daher hohe Priorität eingeräumt werden. Die Lissabon-Strategie formuliert für die allgemeine und berufliche Bildungspolitik die Ziele Verbesserung der Gerechtigkeit, Steigerung der Effizienz sowie Gewährleistung der Beschäftigungsfähigkeit.

Das heutige Fachforum wird hoffentlich Impulse zur Erreichung dieser Ziele in beiden Ländern geben.



Ruth Evelyn Jacoby,
Botschafterin Schwedens in Berlin

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein wichtiges Ziel der schwedischen Regierung. Problematisch ist jedoch, dass die Jugendarbeitslosigkeit nicht automatisch dem Rückgang der allgemeinen Arbeitslosigkeit folgt. Das zeigt sich auch in Schweden. Obwohl hier im vergangenen Jahr die Arbeitslosenquote zurückging, ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich angestiegen und ist heute höher als in Deutschland und auch in anderen europäischen Ländern.

Die Ursachenforschung zeigt noch kein klares Bild. Vielleicht liegt es am „problematischen“ Übergang vom Gymnasium zum Arbeitsmarkt? Wir stellen uns aber auch die Frage, ob die heutigen gymnasialen Ausbildungsprogramme noch den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Deshalb gab die schwedische Regierung eine Studie in Auftrag, die Reformvorschläge für das schwedische gymnasiale System entwickeln soll, so dass es auch zukünftig den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht wird.

Wir sind in Schweden sehr am Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern interessiert und wollen mehr darüber erfahren, wie in Deutschland etwa die Ausbildung und insbesondere die Lehrlingsausbildung gestaltet wird, welche Erfahrungen Deutschland auf diesem Gebiet gemacht hat und welche Probleme und Problemlösungen hier diskutiert und umgesetzt werden.

Natürlich gibt es bei allen Gemeinsamkeiten auch Unterschiede zwischen unseren Ländern. Schweden ist ein kleines und sehr homogenes Land. Vor allem ist Schweden im Gegensatz zu Deutschland ein zentralistisches Land. Deshalb gibt es viele Probleme, die wir nicht haben und ebenso Lösungen, die wir leichter einführen und umsetzen können.

Dennoch wünsche ich mir, dass wir von den positiven Erfahrungen unserer Länder – bei allen Unterschieden – lernen können. Wir stehen vor ähnlichen Herausforderungen und haben die gleichen Ambitionen, aber wir haben verschiedene Erfahrungen, und über die müssen und sollten wir uns austauschen, um voneinander lernen zu können.

IMPULSREFERATE

Reformbedarf der beruflichen Bildung in Schweden und Deutschland

10





Bertil Östberg, Staatssekretär,
Ministerium für Bildung und Forschung, Stockholm

Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Schweden – Lehrlingsausbildung unter Reformdruck

Die „Allianz für Schweden“, das heutige Regierungsbündnis, stellte während ihres Wahlkampfes im Sommer 2006 das Thema „Abbau der Arbeitslosigkeit“ in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne. Wir glauben daran, dass Menschen arbeiten und Verantwortung übernehmen wollen. Sie wollen kreativ sein und ihre Ideen verwirklichen, nicht nur zum eigenen Nutzen oder zum Wohle der ihnen nahestehenden Menschen, sondern auch, um die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung voranzutreiben.

11

Berufliche Bildung in Schweden

Das schwedische Bildungssystem umfasst vier Teilbereiche: Vorschule, Schule, Hochschulen und Universitäten sowie die Erwachsenenbildung. Die Schulpflicht beträgt neun Jahre und beginnt mit dem 7. Lebensjahr. Etwa 98 Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchen nach der Grundschule ein Gymnasium.

Die an den Gymnasien vermittelten 4 unterschiedlichen theoretischen Programme sind direkt studienvorbereitend, während 13 Praxisprogramme auf einen Beruf vorbereiten. Schüler und Schülerinnen, die das Gymnasium erfolgreich abschließen, erhalten die Berechtigung zum Besuch einer Universität. In einigen Fällen müssen Fächer in der kommunalen Erwachsenenbildung (Kovvux) nachgeholt werden, wenn diese auf dem Gymnasium nicht belegt wurden, für die gewählte Universitätsausbildung jedoch notwendig sind. Die Praxisprogramme beinhalten alle ein mindestens 15-wöchiges Betriebspraktikum außerhalb der Schule. Facheinführungen mit spezifischen Materialien machen ungefähr 60 Prozent des Lehrplans der 13 beruflichen Vorbereitungsprogramme aus. Nach dem Schulabschlusszeugnis der berufsbezogenen Programme empfiehlt sich eine weitere Qualifikation, sei es durch einen Abschluss, den Besuch einer anderen Schule höheren Niveaus oder durch Weiterbildung im Betrieb.



12

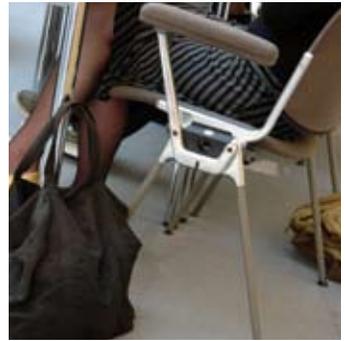
Jeder sollte über die gleichen Möglichkeiten verfügen, um seine Wünsche und Ziele zu verwirklichen. Das gilt auch und gerade für junge Menschen, die eine faire Chance auf einen Arbeitsplatz haben müssen – unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft.

Das Arbeitsangebot und die Zahl der Erwerbspersonen steigen in Schweden gegenwärtig deutlich. Innerhalb eines Jahres sank die Arbeitslosenquote um 29 Prozent auf nunmehr 3,7 Prozentpunkte. Bemerkenswert ist auch, dass die Arbeitslosenquote der weiblichen Erwerbspersonen stärker sank, als die der männlichen Erwerbspersonen. Vor allem das Angebot an unbefristeten Arbeitsplätzen verbesserte sich deutlich. Insbesondere im Handel, im Finanzsektor und in der Zeitarbeitsbranche werden heute Arbeitskräfte gesucht.

Diese Entwicklungen sind einerseits Folge des gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwungs, sie sind aber auch das Ergebnis der aktuellen Regierungspolitik. Um auch zukünftig ein hohes Wohlfahrtniveau verwirklichen zu können, brauchen wir auch weiterhin eine hohe Erwerbsquote und eine prosperierende Unternehmenslandschaft.

Doch trotz der guten ökonomischen Rahmenbedingungen und des Positivtrends auf dem Arbeitsmarkt verharrt die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen auf hohem Niveau. Hierin besteht nach wie vor eines der Hauptprobleme des schwedischen Arbeitsmarktes.

Verglichen mit anderen westlichen Staaten verzeichnet Schweden mit über 20 Prozent eine sehr hohe und seit 1995 kontinuierlich steigende Arbeitslosenquote unter Jugendlichen. Zwar stieg auch in Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit seit 1995. Sie liegt mit knapp 15 Prozent aber deutlich unter der Schwedens, wie internationale Vergleiche der OECD zeigen. In dieser Untersuchung nimmt Dänemark eine Sonderposition ein. Seit 1995 sinkt hier die Jugendarbeitslosigkeit kontinuierlich und liegt heute auf dem sehr niedrigen Niveau von etwa sieben Prozent. In Sachen Bekämpfung



der Jugendarbeitslosigkeit gilt Dänemarks Weg daher international als Erfolgsgeschichte.

13

Um die unbefriedigende Situation auf dem schwedischen Arbeitsmarkt zu verändern und Jugendlichen eine Chance auf einen Arbeitsplatz zu geben, implementierte die schwedische Regierung ein Reformpaket. Zu den Maßnahmen zählen u. a. niedrigere Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für jugendliche Beschäftigte, eine spezielle Jobgarantie für junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie eine Ausbildungsplatzinitiative.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt der Reformen ist das Thema „Ausbildung“ an den Sekundarschulen. Hier sehen wir großen Veränderungsbedarf. Zwar besuchen fast alle Kinder in Schweden nach Beendigung der neunjährigen Grundschule das Gymnasium, aber nicht alle beenden hier auch ihre Ausbildung. Jeder vierte männliche und jede fünfte weibliche Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Auf dem Arbeitsmarkt haben diese jungen Menschen deutlich geringere Chancen als Schulabgänger mit Abschluss. Ein weiteres Problem zeigt sich bei den Absolventen berufsnaher Ausbildungsprogramme. Auch hier verlässt eine erhebliche Zahl junger Menschen die Ausbildung ohne Abschluss.

Es ist daher dringend erforderlich, nach Wegen zu suchen, die deutlich mehr Schüler und Schülerinnen an den weiterführenden Schulen ermöglichen, ihre Ausbildung mit einem qualifizierten Abschluss in der vorgesehenen Zeit zu beenden.

Viele der Ausbildungsprogramme sind mit der Zeit sehr „theorielastig“ geworden. Den eigentlichen berufsbezogenen Ausbildungsinhalten wird heute nur noch wenig Zeit gewidmet. Gleichzeitig verharren die Kernfächer in traditionellem akademischem Denken, das jedoch weder auf die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt und ihrem Trend zu mehr Mobilität und Globalität vorbereitet, noch die persönlichen Ziele und Interessen junger Menschen berücksichtigt.



Die Ausbildung an den weiterführenden Schulen sollte daher in Ausbildungsgänge unterteilt werden, die junge Menschen entweder allgemeinbildend oder aber für einen Beruf qualifizieren. Auch von Seiten der Unternehmen wird der Wunsch nach einer Reform des gegenwärtigen Ausbildungssystems thematisiert. Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Wirtschafts- und Arbeitswelt hätte für beide Seiten Vorteile und würde gewährleisten, dass Jugendliche professionell auf die Anforderungen ihrer zukünftigen Berufe vorbereitet werden.

Mit Blick auf den skizzierten Reformbedarf gab die schwedische Regierung im Frühjahr dieses Jahres eine Studie in Auftrag, die Vorschläge für die Reform der Lehrpläne an den Gymnasien erarbeiten soll. Ergebnisse werden für März 2008 erwartet. Bis zum Herbst 2010 soll das reformierte Ausbildungssystem an den weiterführenden Schulen umgesetzt sein. Außerdem wird gegenwärtig im Rahmen eines Pilotprojektes ein neues Ausbildungsprogramm implementiert, das die positiven Erfahrungen Deutschlands und Dänemarks mit einem dualen Berufsausbildungssystem aufgreift. Zunächst wollen wir bis zu 4000 Ausbildungsplätze pro Jahr anbieten. Die hinter dem Pilotprojekt stehende Idee ist, eine Alternative zu den schulbasierten Ausbildungskursen anzubieten. Wir gehen davon aus, dass zumindest die Hälfte der Ausbildungszeit in der Praxis stattfinden sollte. Während der Laufzeit des Projektes sollte deutlich werden, wie intensiv und in welchem Umfang Unternehmen zukünftig Ausbildungsinhalte vermitteln können und wollen.

Unternehmen und Institutionen, die bereit sind, Jugendliche auszubilden, werden pro Student und Jahr eine finanzielle Unterstützung von der Schulbehörde erhalten. Die jeweilige Höhe sollte vor Ort bestimmt werden. Die schwedische Regierung wird sich pro Student und Jahr mit SEK 25.000 an dem Programm beteiligen.

Schließlich stehen auch die Ausbildungsinhalte auf dem Prüfstand. Sie sollten einer permanenten Qualitätskontrolle durch örtliche „Ausbildungs-



ausschüsse“, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen der Schulen, Unternehmen und Gewerkschaften, unterliegen und in gesonderten Vereinbarungen festgeschrieben werden.

15

Ein weiterer wichtiger Aspekt unserer Reformen ist das Ziel, die theoretischen Ausbildungsinhalte zugunsten berufsbezogener Ausbildungsinhalte zu reduzieren. Bei der Umsetzung der Ausbildungsinhalte sollte ein Höchstmaß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Wünsche und Erfordernisse der Unternehmen und Auszubildenden gewährleistet sein.

Weitere Reformen der beruflichen Bildung sind geplant. Auch im Bereich der nach-schulischen beruflichen Bildung wollen wir Reformen anstoßen. All diese Maßnahmen sollen unter einem Dach in einer Art „universitärem Ausbildungscollege“ zusammengefasst werden. Aber auch die Lehreraus- und Fortbildung ist ein wichtiger Reformpunkt. Eine Reihe von Studien zeigt, dass hier großer Bedarf besteht. Ein besorgniserregendes Problem in diesem Zusammenhang ist der Mangel an berufsbildenden Lehrkräften. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.



Dr. Hans-Jürgen Berg,
Abteilungsleiter, Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Jugend und Kultur, Rheinland-Pfalz

Berufliche Bildung in Deutschland

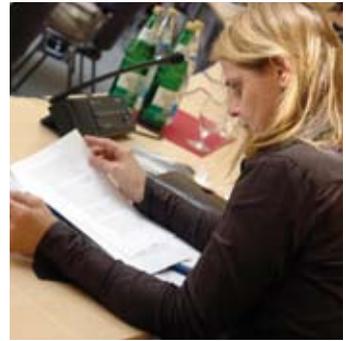
16

Der technologische und strukturelle Wandel der Arbeitswelt stellt das System der beruflichen Bildung in Deutschland vor neue Herausforderungen, die weit über die bisherigen hinausgehen. Vor diesem Hintergrund sollte Bildung Jugendliche für die Anforderungen des Arbeitsmarktes „fit“ machen und ihre Persönlichkeit stärken.

Ein wesentliches Merkmal der Berufsausbildung in Deutschland ist die starke Mittelstandsorientierung. Lediglich sechs Prozent der Ausbildungsplätze werden von DAX-notierten Unternehmen zur Verfügung gestellt, während kleinere und mittlere Unternehmen die Hauptlast der Verantwortung für die Ausbildung im dualen System tragen.

System der beruflichen Bildung in Deutschland

Das System der beruflichen Bildung in Deutschland wird als „dual“ bezeichnet, weil die Ausbildung an zwei Lernorten durchgeführt wird: im Betrieb und in der Berufsschule in etwa 350 anerkannten Ausbildungsberufen mit festgelegten Ausbildungsinhalten. Für Auszubildende im dualen System der Berufsausbildung besteht für die Dauer ihrer Ausbildung, auch wenn sie älter als 18 Jahre sind, eine Schulpflicht. Etwa 55 Prozent eines Altersjahrgangs erlernen im Rahmen des dualen Systems einen anerkannten Ausbildungsberuf. Der größte Teil der Auszubildenden nimmt im Anschluss daran eine Arbeit als Fachkraft auf, viele nutzen später die Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Einige Berufe, wie z. B. Berufe des Gesundheitswesens, werden in beruflichen (Vollzeit-) Schulen gelehrt. Unter diesen haben die Berufsfachschulen die höchsten Schülerzahlen. Diese Schulen bereiten auf eine Berufstätigkeit oder eine vertiefte Berufsausbildung – wiederum meist im dualen System – vor. Fach- und Berufsoberschulen bauen in der Regel auf einer Berufsausbildung im dualen System auf, vertiefen berufliche Kenntnisse und vermitteln eine Fachhochschul- oder allgemeine Hochschulreife.



Vor diesem Hintergrund lässt sich die gegenwärtige Situation der Berufsbildung in Deutschland durch folgende Eckpunkte skizzieren:

17

- *Aufgrund des demografischen Wandels steigt die Zahl der Jugendlichen aus dem allgemein bildenden Schulsystem an.*
- *Je nach Sektor sinkt bzw. stagniert die Zahl der neuen Ausbildungsverträge.*
- *Die Vermittlungsquote in eine Berufsausbildung liegt laut Bundesagentur für Arbeit bei den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen eines Vermittlungsjahres unter 50 Prozent.*
- *Der Berufsbildungsbericht 2006 zeigt, dass ca. 1,3 Mio. Schulabgänger und Schulabgängerinnen bis 29 Jahre keinen Berufsabschluss haben.*
- *Rund 80.000 Schulabgänger und Schulabgängerinnen verlassen jährlich die Schule ohne Schulabschluss.*

Besonders hoher Handlungsbedarf besteht bei der Gruppe der Jugendlichen unter 25 Jahren, die seit mehr als sechs Monate arbeitslos sind. Hier erfasste die Statistik der Bundesagentur für Arbeit im August mehr als 500.000 sogenannte Altbewerber und Altbewerberinnen. Wenngleich ein Teil dieser Jugendlichen über betriebliche Einstiegsqualifizierungen, die von der Wirtschaft im Rahmen des „Ausbildungspaktes“ zugesagt wurden, zukünftig hoffentlich einen Ausbildungsplatz finden wird, gibt diese Zahl dennoch Anlass zur Besorgnis und verdeutlicht die Dringlichkeit des Handlungsbedarfes an dieser Stelle. Das Programm für Altbewerber und Altbewerberinnen, das die Bundesregierung auflegen wird, ist eine erste Antwort auf diese Problematik.

Der Arbeitsmarkt fordert von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zunehmend höhere Qualifikationen, während das Arbeitsplatzangebot für Ungelernte stagniert oder rückläufig ist. Wir leisten uns in Deutschland den Luxus, dass wir Qualifikationen, die an unterschiedlichen Orten erworben

wurden, nicht entsprechend anrechnen. Hier könnte das duale Ausbildungssystem viel effektiver gestaltet werden, als es sich derzeit bundesweit darstellt. Dies ist umso dringlicher, als Prognosen nahe legen, dass sich der Handlungsbedarf auf diesem Gebiet weiter verschärfen wird:

- *In den kommenden 10 – 15 Jahren wird sich die Altersstruktur in den Belegschaften spürbar verändern.*
- *Die Herkunft der Jugendlichen wird sich weiter verändern. Immer weniger Jugendliche werden mit den typischen Eigenheiten des dualen Bildungssystems vertraut sein.*
- *Die Bildungsvoraussetzungen der Jugendlichen werden sich verändern.*
- *Die Öffnung der Arbeitsmärkte in Europa wird weiter voranschreiten.*

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat sich der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ verpflichtet, zusätzliche Ausbildungsplätze einzuwerben.

„Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“

Paktpartner sind für die Bundesregierung die Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie, Arbeit und Soziales sowie Bildung und Forschung, für die Wirtschaft der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Bundesverband der freien Berufe. Mit dem Ausbildungspakt verpflichten sich die Partner, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu machen. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben zugesagt, 2007 und in den beiden folgenden Jahren jeweils 60.000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben. Außerdem will die Wirtschaft 2007 und in den beiden Folgejahren jeweils 40.000 Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung stellen. Damit erhalten Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen eine Chance zum Einstieg in Ausbildung.

Quelle: BMWi



Reformansätze in Rheinland-Pfalz

Das schulische Berufsbildungssystem in Rheinland-Pfalz begegnet der oben geschilderten Problematik durch:

- *Stütz- und Förderangebote für benachteiligte Jugendliche*
- *Umfassende Schullaufbahnberatung für Jugendliche und Eltern*
- *Leistungsstandorientiertes Unterrichts- und Förderangebot*
- *Schulsozialarbeit*
- *Stärkung der Gestaltungs- und Differenzierungsmöglichkeiten insbesondere in dem allgemeinbildenden Unterricht*
- *Erhöhung der Kompetenzen für den Berufseinstieg (z. B. durch Stärkung beruflicher und individueller Zusatzqualifikationen)*
- *Unterrichtsangebote für leistungs- und aufstiegsorientierte Jugendliche*
- *Angebote zur ausbildungsbegleitenden Höherqualifizierung (Erwerb des qualifizierten Sekundarabschlusses I oder der Fachhochschulreife)*

Ein weiterer wichtiger Baustein der rheinland-pfälzischen Berufsbildungspolitik ist die Neuausrichtung der Berufsfachschule. Sie hat u. a. das Ziel, die Eingangsqualifikation in eine Berufsausbildung zu erhöhen sowie die Durchlässigkeit und die Flexibilität des Bildungssystems zu steigern. Maßnahmen hierzu sind u. a. die Berufs- und Schullaufbahnberatung, die individuelle Förderung durch den Ausbau von Stütz- und Förderangeboten sowie die Ausweitung der Schulsozialarbeit.

Innerhalb der Berufsbildungsgänge wurden die beruflichen Kernkompetenzen deutlicher profiliert. Alle Wahlschulbildungsgänge orientieren sich an der Lernfeldkonzeption der dualen Ausbildungsberufe. Damit werden die Jugendlichen in der schulischen Ausbildung mit den Lerninhalten konfrontiert, die auch in der Dualen Ausbildung relevant sind .



Jugendliche, die sich höher qualifizieren wollen, haben in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, die Berufsoberschule zu besuchen. Die Ausbildung erfolgt entweder im Vollzeitunterricht oder berufsbegleitend in zwei Jahrgangsstufen. Der Abschluss umfasst die Fachhochschulreife und ergänzt durch die einjährige Berufsoberschule II die fachgebundene bzw. allgemeine Hochschulreife. Damit ist eine hohe Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems in Rheinland-Pfalz gewährleistet.

Die heterogenen Bildungsvoraussetzungen von Jugendlichen erfordern ein stärker am individuellen Leistungsstand orientiertes Unterrichtsangebot. Diesem Anliegen entspricht in Rheinland-Pfalz das Lernbausteinkonzept, das eine nach Abschlüssen differenzierte Förderung der Jugendlichen in den berufsübergreifenden Fächern vorsieht.

Dabei handelt es sich um ein Modulsystem für allgemeinbildende Fächer, das aus curricular abgegrenzten Unterrichtssequenzen mit einem Umfang von mind. 40 Stunden und einer Dauer von (i. d. R.) einem halbem Jahr besteht. Die flexible Unterrichtsorganisation ermöglicht eine klassen- bzw. schulformübergreifende Planung und Organisation des Unterrichts. Die so erzielte Flexibilität erlaubt eine gezielte Förderung von Lernenden in Lerngruppen mit gleicher Vorbildung. Durch Berücksichtigung der Eingangsqualifikationen können Vorleistungen anerkannt und Lernschleifen vermieden werden.

Im Rahmen der europäischen Entwicklung sowie des lebenslangen Lernens wird die Tendenz zu stärker modular ausgerichteten Ausbildungsformen zunehmen.

Auch wenn die Schulorganisation zukünftig vor einer großen Herausforderung steht, verfügen die Schulen schon heute über eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten, um sich auf diese Veränderungen vorzubereiten. Diese gilt es zu nutzen.



In Rheinland-Pfalz ist es uns gelungen, erste wichtige Schritte eines zukunftsfähigen Bildungsangebotes beispielgebend zu realisieren. Weitere Reformschritte werden daran zu messen sein, ob es gelingt, folgende Anforderungen zu erfüllen:

- *Sicherung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft,*
- *Erschließung neuer beruflicher Perspektiven für Jugendliche,*
- *Verbesserung der Flexibilität und Durchlässigkeit,*
- *Anerkennung und Anrechnung erworbener Leistungen und Qualifikationen,*
- *Entsprechende Konzeption des Zertifizierungswesens für schulische und anders erworbene Leistungen,*
- *Weiterentwicklung der Teilzeitausbildung,*
- *Ausrichtung der beruflichen Bildung auf europäische Entwicklungen und Qualifikationsniveaus,*
- *Internationalisierung der Berufsbildung.*



DISKUSSION ZU DEN IMPULSREFERATEN

22

Die im Anschluss an die Impulsreferate geführte Diskussion konzentrierte sich auf folgende Aspekte der beruflichen Bildung in Deutschland und Schweden:

Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund:

Schweden: Mancherorts verlässt heute fast jeder zweite Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Die soziale Herkunft spielt dabei eine große Rolle. Zwar bestehen in Schweden einige Programme, deren Ziel es ist, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern, bislang allerdings mit geringem Erfolg.

Deutschland: Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für Deutschland. Allerdings mit großen Unterschieden zwischen Ballungs- und ländlichen Räumen. Von den in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 25 haben über 27 Prozent einen Migrationshintergrund. Da Jugendliche mit Migrationshintergrund dem Bildungssystem in der Regel ferner stehen, entsteht hier Handlungsbedarf. Die in Deutschland von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich festgelegte Dauer der Schulpflicht verstärkt dieses Problem. Hier sollte trotz Bildungsföderalismus eine gewissen Vereinheitlichung angestrebt werden nach der Devise: „Kein Schulbesuch ohne Abschluss“. Denn junge Menschen mit einem Abschluss haben grundsätzlich deutlich bessere Chancen, einen Einstieg in eine weitergehende Qualifikation zu finden.

Übergangssystem

Für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten, existieren in Deutschland im Rahmen des sogenannten Übergangssystems eine Fülle von Qualifizierungsmaßnahmen. Hier müsste dringend nach Wegen gesucht werden, diese Bildungszeiten auf eine spätere Ausbildung anzurechnen. Das würde auf viele Jugendliche motivierend wirken.



Durchlässigkeit der Bildungssysteme

Deutschland: An diesem Punkt wurden grundsätzliche Unterschiede zwischen dem deutschen und dem schwedischen Bildungssystem deutlich. Hans-Jürgen Berg kritisierte die in Deutschland zu geringe Durchlässigkeit zwischen den Systemen beruflicher und universitärer Bildung. So würden etwa hoch qualifizierte junge Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung jenen Jugendlichen gleichgestellt, die sich, direkt von der Schule kommend, um einen Studienplatz bewerben. Auch mit Blick auf den viel zitierten Fachkräftemangel sei die fehlende Anrechenbarkeit von Ausbildungszeiten auf eine universitäre Ausbildung ein Problem.

Schweden: In Schweden gibt es eine sehr große Zahl von Schülern und Schülerinnen (ca. 50 Prozent), die nach ihrem Schulabschluss die Universität besuchen. Bertil Östberg betonte, dass es eine Vielzahl, auch finanzieller, Möglichkeiten gebe, wenn jemand im Anschluss an seine Berufsausbildung die Universität besuchen wolle. In Schweden bestünden allerdings dort große Probleme, wo ein Zwanzigjähriger, der die Schule ohne Abschluss verlassen hat, eine Ausbildung sucht. Ein weiteres Problem sieht Östberg in der zunehmend theoretisch ausgerichteten beruflichen Bildung an den Schulen. Diese macht er für die hohe Zahl an Schulabbrechern und die hohe Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich.

DEUTSCH-SCHWEDISCHER EXPERTEN-DIALOG



- 1 **Christoph Matschie**, Vorsitzender Forum Bildung beim SPD-Vorstand, Berlin
- 2 **Prof. Dr. Martin Baethge**, Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen
- 3 **Dr. Jonas Olofsson**, Sozialhochschule der Universität Lund
- 4 **Hans-Detlev Küller**, DGB Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung, Forschung, Berlin
- 5 **Fredrik Mandelin**, Gewerkschaftliche Zentralorganisation der Angestellten (TCO), Stockholm
- 6 **Peter Thiele**, Leiter Referat Grundsatzfragen der beruflichen Bildung, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
- 7 **Dr. Günter Lambertz**, stellvertretender Bereichsleiter Berufliche Bildung, Bildungspolitik, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin



Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Dialogs nahmen in ihren Statements zu folgenden Fragen Stellung:

- *Zukünftige Anforderungen an die Berufsausbildung*
- *Verantwortung von Privatwirtschaft und Staat für berufliche Bildung*
- *Durchlässigkeit der Bildungssysteme*
- *Soziale Selektion in der beruflichen Bildung*

Christoph Matschie,

Vorsitzender Forum Bildung beim SPD-Vorstand, Berlin

Lediglich jeder zweite Schulabgänger durchläuft heute noch den „klassischen“ Ausbildungsweg. Das Duale Bildungssystem verliert vor allem gegenüber dem Übergangssystem. Die unter diesem Dach zusammengefassten berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und der Berufsfachschulen sollen jenen Jugendlichen eine Chance geben, die bislang keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Die wachsende Zahl von Jugendlichen, die dieses System mittlerweile durchlaufen (etwas über 40 %), legt die Annahme nahe, dass Schule heute nur noch unzureichend auf die Berufsausbildung vorbereitet. Hier besteht großer Reformbedarf. Wir müssen dafür sorgen, dass Schulen in der Lage sind, Menschen soweit vorzubereiten, dass sie eine Berufsausbildung beginnen können.

Angesichts der stetig größer werdenden Lehrstellenlücke muss zukünftig auch die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze steigen. Der seit 2004 bestehende Ausbildungspakt schaffte hier etwas Entlastung. Aber dieses Programm allein wird die Probleme am Ausbildungsmarkt nicht lösen. Vor allem für die wachsende Zahl der Altbewerber und Altbewerberinnen werden Alternativen gebraucht.

Der seit mehr als 30 Jahren in der Bauwirtschaft erfolgreich praktizierte Branchenfonds ist ein erfolgversprechender Ansatz, um die Ausbildungslasten zwischen den Unternehmen fairer zu verteilen und Anreize in Richtung mehr Ausbildung zu setzen. Hier zahlen alle Unternehmen ein, auch diejenigen die nicht ausbilden, und teilen sich so die Lasten der Lehrlingsausbildung.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für Reformen ist die Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher. Ein in diesem Problembereich erfolgreich



26

funktionierendes Instrument ist die „Einstiegsqualifizierung“. Hier haben Jugendliche die Möglichkeit, ein sechs- bis zwölfmonatiges Betriebspraktikum zu absolvieren, das später auf die Ausbildungszeit angerechnet werden kann. 60 % der teilnehmenden Jugendlichen schaffen später den Übergang in eine betriebliche Ausbildung.

Die duale Berufsbildung hat zweifelsohne ihre Stärken. Dennoch sind Reformen unabdingbar – auch mit Blick auf die zunehmende europäische Integration des Arbeitsmarktes. Wir haben in Deutschland derzeit mehr als 350 Ausbildungsberufe. Überschaubarkeit und Praktikabilität der Ausbildung bleiben angesichts dieser großen Zahl auf der Strecke. Deshalb ist eine Modernisierung des derzeitigen dualen Bildungssystems wichtig. Zukünftig sollte eine berufsspezifische Spezialisierung erst im Anschluss an eine über mehrere Berufe angelegte Grundausbildung folgen. Die eigentliche Spezialisierung böte dann Raum, stärker als bisher, auf das ausbildende Unternehmen und den eigentlichen Ausbildungsberuf einzugehen.

Prof. Dr. Martin Baethge,
Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen

Im Bildungssystem zeigen sich gegenwärtig an zwei Stellen Probleme: zum einen an der Schwelle von der schulischen in die berufliche Bildung, zum anderen beim Übergang von der beruflichen zur Hochschulbildung.



An der erst genannten Schwelle setzt das Übergangssystem an. Seine Existenz darf jedoch nicht ausschließlich auf einen Mangel an Ausbildungsplätzen zurückgeführt werden. Auch in Zeiten eines Überhangs an Ausbildungsplätzen, gab es ein Übergangssystem. Das ist als Indikator für ernsthafte Passungsprobleme zwischen schulischer und beruflicher Bildung zu sehen.

27

Das deutsche Ausbildungssystem ist aufgrund seines historischen Ursprungs eines für den mittleren Qualifikationsbereich. Hier hat die duale Ausbildung zweifelsohne Hervorragendes geleistet. Da am Arbeitsmarkt zukünftig jedoch immer höhere Qualifikationen nachgefragt werden – aktuell diskutiert unter dem Stichwort „Ingenieurmangel“ – offenbart sich die relativ geringe Durchlässigkeit als ein weiteres Problem des dualen Bildungssystems. Lediglich 19,5 Prozent eines Jahrgangs erreichen in Deutschland einen Hochschulabschluss. In vergleichbaren OECD-Staaten sind es 38 Prozent. Hier gibt es großen Nachholbedarf.

Wie löst man nun diese beiden Probleme, die sich zudem noch mit einem hohen Maß an sozialer Selektion verbinden? Zunächst sollten Ganztags Gesamtschulen eingeführt werden, an denen Jugendliche, vor allem Haupt- und Realschüler, einen mittleren Abschluss erwerben können. Der allgemeinbildende Unterricht sollten an diesen Schulen ergänzt werden um stärker berufsbezogene Inhalte.

Um die Probleme an der zweiten Schwelle zu lösen, sollte zusätzlich zum allgemeinen Abitur ein gleichberechtigtes Berufsbabitur eingeführt werden. Dies würde nicht nur die Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung erhöhen, sondern auch die Nachwuchssorgen von kleinen und mittleren Betrieben abmildern, die Naturwissenschaftler- und Technikerlücke füllen, und es würde endlich die viel diskutierte Gleichstellung von beruflicher und allgemeiner Bildung realisiert. Denn hoch qualifizierte Jugendliche hätten unter diesen Bedingungen einen Anreiz, eine Ausbildung anzustreben. Auch vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden demografischen Wandels und des sich weiter zuspitzenden Fachkräftemangels eröffnet dieses Instrument eine mittelfristige Perspektive.



Der Weg in die Wissensgesellschaft stellt das schwedische Bildungssystem vor neue, gegenwärtig noch nicht bewältigte Herausforderungen. Ein bislang ungelöstes Problem ist die vergleichsweise niedrige Zahl junger Erwerbstätiger zwischen 20 und 25. Seit Beginn der 90er Jahre ist diese von 80 % auf gegenwärtig 60 % gesunken. Aber auch an anderer Stelle des schwedischen Bildungssystems besteht Handlungsbedarf. Denn eine hohe Zahl junger Menschen verlässt die Schule ohne Abschluss. Diese Jugendlichen finden in der heutigen Arbeitswelt – im Gegensatz zu früheren Zeiten – kaum noch qualifizierte Jobs, die ein ausreichend hohes Einkommen sichern. Ein weiteres Problem: Heute entscheiden sich nur noch 35 % der Schüler und Schülerinnen für eine Berufsausbildung.

Diese Situation in der beruflichen Bildung trifft auf eine Reihe neuer gesellschaftlicher und ökonomischer Herausforderungen. Dazu zählt der demografische Wandel. Prognosen zeigen, dass in den nächsten zehn Jahren etwa 40 % der heutigen Erwerbspersonen den Arbeitsmarkt verlassen werden. Die entstehende Lücke lässt sich nur schließen, wenn hoch qualifizierte junge Menschen auf den Arbeitsmarkt strömen. Sollte dies nicht gelingen, drohen auch den öffentlichen Haushalten empfindliche Einbußen – und das in einer Zeit, in der wegen der alternden Gesellschaft mehr Steuergelder für Pensionen und die Versorgung Pflegebedürftiger benötigt werden.

Schließlich ist bemerkenswert, dass die hohe Jugendarbeitslosigkeit kein Problem der ethnischen Herkunft ist, sondern eines der gesellschaftlichen Segregation. Entscheidend für die Bildungschancen von Jugendlichen ist demnach der soziale Hintergrund. Da aber auch in Schweden Jugendliche mit Migrationshintergrund häufig aus sozial schwächeren Schichten stammen, sind diese jungen Menschen zur Zeit noch deutlich unterrepräsentiert



in den schulischen Ausbildungsprogrammen. Auch dieser Befund verlangt nach angemessenen und schnell greifenden Maßnahmen.

Hans-Detlev Küller,

DGB Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung, Forschung, Berlin

Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat sich das Duale Berufsbildungssystem bewährt. Dennoch steht dieses System heute vor neuen Herausforderungen. Es geht zum einen um die Frage, wie dem Arbeitsmarkt mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Denn bislang bilden lediglich 23 % aller Betriebe in Deutschland aus. Um mehr Unternehmen in die Ausbildungsverantwortung zu nehmen, plädieren die Gewerkschaften bekanntermaßen seit fast 35 Jahren für die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe. Aber auch Branchenlösungen sind denkbar, etwa ähnlich des bereits seit langem in der Bauwirtschaft praktizierten Branchenfonds.

Dieses Instrument ist allerdings nicht per se ein Erfolgsmodell, weil es nicht auf alle Bereiche der Wirtschaft übertragbar ist. So gibt es in der Baubranche einen hohen Anteil an überbetrieblicher Ausbildung, eine sehr heterogene Unternehmensstruktur und das gemeinsame Interesse aller Bauunternehmen, einen stets gleich bleibend hohen Ausbildungsstand zu wahren. Diese Ausgangslage begünstigte die Einführung eines Branchenfonds.

Das unzureichende Angebot an Ausbildungsplätzen ist jedoch mehr als eine Kostenfrage und damit nicht nur ein quantitatives Problem. Es sind auch die Anforderungen der Arbeitswelt, die sich in den vergangenen Jahren sehr stark verändert haben und die einen Handlungsbedarf auf der qualitativen Ebene des gegenwärtigen Berufsbildungssystems aufzeigen. Das betrifft beispielsweise die Frage, ob wir auch zukünftig mehr als 350 Ausbildungsbe-

rufe in Deutschland brauchen. Der DGB präferiert ein System von wenigen Grundberufen bzw. Berufsfamilien, ähnlich dem bereits in der Schweiz und Österreich praktizierten System.

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind Reformen innerhalb der dualen Berufsbildung. Dieses Thema wird gegenwärtig in dem von der Bundesregierung ins Leben gerufenen „Innovationskreis berufliche Bildung“ unter den Stichworten „Flexibilisierung, Verbesserung der Durchlässigkeit, Übergangmanagement und europäische Öffnung“ diskutiert.

Innovationskreis berufliche Bildung

Erklärtes Ziel des Innovationskreises ist es, die zentralen Herausforderungen für Innovation im deutschen Berufsbildungssystem zu identifizieren und konkrete Handlungsoptionen zur strukturellen Verbesserung der beruflichen Bildung zu erarbeiten. Der AK verabschiedete zehn Leitlinien zukünftiger beruflicher Bildung.

Quelle: http://www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10_Leitlinien.pdf.

Fredrik Mandelin,

Gewerkschaftliche Zentralorganisation der Angestellten (TCO), Stockholm

Der Schlüssel zu Wohlstand ist Wissen. Das gilt sowohl auf der individuellen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Qualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind produktiver als ungelernte oder wenig qualifizierte Beschäftigte. Bildung gilt als Eintrittskarte für ein qualifiziertes Beschäftigungsverhältnis und bildet damit eine Vorbedingung für gesellschaftlichen Aufstieg. Kurz: Bildung zahlt sich aus, wenn es darum geht, einen Job zu finden. In diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis problematisch, dass eine frühe Selektion im Bildungssystem gerade für sozial schwächere Kinder und Jugendliche das Risiko erhöht, sowohl in eine schulische wie auch eine berufliche Sackgasse zu geraten.

Damit steht das schwedische Bildungssystem heute vor der großen Herausforderung, jene Jugendlichen, die „null Bock auf Schule“ haben, zu motivieren und eine Perspektive zu geben und sie nicht mit Schnelllösungen abzuspeisen und zu demotivieren.



Ein weiteres Merkmal der wissensbasierten Arbeitswelt ist der wachsende Stellenwert einer breit angelegten Allgemeinbildung gegenüber Spezialistenwissen – sowohl für den Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin, als auch für Wirtschaft und Gesellschaft. In Schweden gehen Unternehmen davon aus, dass sie zukünftig eine steigende Zahl von Hochschulabsolventen und Hochschulabsolventinnen beschäftigen werden. Sie benötigen aber keine Spezialisten, sondern „Allrounder“, die sich aufgrund ihres breiten Bildungshintergrundes schnell an die sich laufend ändernden Bedingungen der Wirtschaftswelt anpassen können. Daher muss Bildung heute die Fähigkeit zum Lernen vermitteln und weniger pures Faktenwissen.

Für den Einzelnen bedeutet dies, sich dem Prozess des „lebenslangen Lernens“ zu stellen und sein Arbeitsleben entsprechend danach ausrichten. Und schließlich müssen auch auf der gesellschaftlichen Ebene Voraussetzungen geschaffen werden, die es jedem Bürger und jeder Bürgerin ermöglichen, aktiv am Leben in einer modernen Gesellschaft teilhaben zu können.

Bildung ist eine öffentliche Aufgabe, die allerdings in enger Zusammenarbeit mit den Repräsentanten des Arbeitslebens gestaltet werden sollte. Private Bildungsträger können darin eine Rolle spielen, allerdings nur, wenn sie unter den gleichen Bedingungen arbeiten wie öffentliche Bildungsinstitutionen. Die Kooperation aller Verantwortlichen für die berufliche Ausbildung sollte von gegenseitigem Respekt vor den jeweiligen Kompetenzen und dem jeweiligen Wissen der anderen Seite geprägt sein: denn nur Unternehmen können genau benennen, welche Anforderungen das Arbeitsleben stellt, während an den Schulen die eigentliche Vermittlungskompetenz für Bildungsinhalte liegt. Klar ist aber auch, dass das Bildungssystem Schüler und Schülerinnen nur auf das Arbeitsleben vorbereiten kann. Die endgültige Berufskompetenz kann erst im Beruf erreicht werden.

**Peter Thiele,**

Leiter Referat Grundsatzfragen der beruflichen Bildung, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Wenn man die Funktion des Berufsbildungssystems und seine Möglichkeiten diskutiert, sollten folgende Aspekte berücksichtigt werden:

Was verstehen wir unter Berufsbildung? Ein Blick über die Grenzen verdeutlicht die Spannweite der Ansätze. In Frankreich etwa steht „Apprentissage“ (Berufsbildung) kurz gesagt für „Benachteiligtenförderung“. Das Duale System in Deutschland verfolgt hingegen einen anderen Ansatz. Hier geht es darum, möglichst vielen Menschen eine qualitativ hochwertige Ausbildung anzubieten – auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb allein mit dem Produktionsfaktor „Wissen“ wettbewerbsfähig sein wird.

Ein solches System erfordert allerdings die Einführung von Qualitätsstandards, die die geforderte Güte garantieren. Wichtig ist auch, dass diese Standards nicht verwässert werden – auch nicht mit Blick auf das Thema Jugendarbeitslosigkeit. Denn das würde mittelfristig zum Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen und damit die Gesamtsituation verschlechtern.

Die großen Pluspunkte der dualen Berufsbildung sind die hohen Übergangsraten in den Arbeitsmarkt und eine erstklassige Qualifizierung der jungen Menschen entsprechend der betrieblichen Bedürfnisse. Trotz dieser unbestreitbaren Vorteile zeigen sich Nachteile. Hierzu gehört die starke Konjunkturabhängigkeit des Ausbildungssystems. Die duale Bildung ist ein „Marktmodell“ und funktioniert nur dann wirklich gut, wenn die Wirtschaft prosperiert. Das führt zu ständigen Wechselbewegungen.

Um in Schwächephasen der Konjunktur die wegbrechende betriebliche Ausbildung zu kompensieren, müssen berufliche Schulen einspringen. Das ist ein



Mangel in der Struktur des Systems, den man nicht ohne Weiteres beheben kann. Ein dabei auftretendes Problem ist, dass diese Ersatzleistungen auf dem Arbeitsmarkt später bislang nicht als gleichwertig anerkannt werden. Auch das im dualen System geltende Konsensprinzip zwischen allen beteiligten Partnern ermöglicht oft nur eine „Politik der kleinen Schritte“.

33

Das duale Bildungssystem muss zukünftig neue Partner gewinnen. Auf dem Weg von der Industrie- in eine Wissensgesellschaft stellen wir fest, dass uns die passenden Ausbildungsbetriebe fehlen. Im Bereich der neuen Technologien, im Forschungs- und im Dienstleistungsbereich gibt es keine Tradition der dualen Ausbildung. Hier müssen wir neue Bündnisse schließen. Das ist eine der künftigen Kernaufgaben – auch mit Blick auf die Tatsache, dass die deutschen Unternehmen heute 15 Mrd. Euro in die duale Ausbildung investieren, die andernfalls vom Staat getragen werden müssten.

Auch in punkto Durchlässigkeit gibt es noch einiges zu tun. So führt etwa die Berufsvorbereitung gegenüber der Ausbildung ein „Eigenleben“. Die vollzeitschulische Ausbildung hat große Schwierigkeiten, von der dualen Ausbildung akzeptiert und angerechnet zu werden. Ein weiterer Punkt: Erstausbildung und spätere berufliche Weiterbildung müssen stärker miteinander vernetzt werden. Und schließlich gibt es nach wie vor große Schwierigkeiten beim Übergang von der beruflichen Bildung in eine Hochschulausbildung.

Umgekehrt baut die Reform des Hochschulwesens mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge Druck auf gegenüber dem Berufsbildungssystem. Die dreijährigen, sehr praxisnah und oft in Abstimmung mit der Arbeitswelt organisierten Bachelorstudiengänge werden bei manchem Arbeitgeber die Frage aufwerfen: Warum bilde ich eigentlich aus, wenn mir der Arbeitsmarkt kostenlos hochqualifizierte Hochschulabsolventen anbietet? Auch hierauf muss eine Antwort gefunden werden.



Die berufliche Bildung kann allerdings keine Defizite auffangen, die in den Schulen selbst entstehen. Deshalb wurden im Innovationskreis berufliche Bildung „zehn Leitlinien der beruflichen Bildung“ verabschiedet, inklusive eines umfassenden Paketes an politischen Handlungsempfehlungen und Umsetzungsvorschlägen. Erste Projekte, wie etwa die Einführung von Berufsfamilien oder eine internationale Vergleichsuntersuchung der Berufsbildungssysteme, ein so genanntes Berufsbildungs-PISA, laufen derzeit an.

Dr. Günter Lambertz,

stellvertretender Bereichsleiter Berufliche Bildung, Bildungspolitik, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin

Im Rahmen des Nationalen Ausbildungspaktes kommt den Industrie- und Handelskammern (IHKs) eine besondere Rolle zu. Der Ausbildungspakt wurde in diesem Jahr bis zum Jahr 2010 verlängert, was sicherlich auch als Indikator für die bislang erfolgreiche Arbeit dieses Zusammenschlusses gewertet werden darf. Die IHKs, aber auch die Handwerkskammern sind für die Organisation der beruflichen Bildung in den Regionen zuständig. Dazu zählt die Registrierung der Ausbildungsverhältnisse, die Abnahme der Prüfungen am Ende der Lehrzeit, aber auch die Betreuung der Ausbildungsbetriebe.

Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) müssen Unternehmen in eine Ausbildung – über drei Jahre gerechnet – durchschnittlich 50.000 Euro investieren. Nicht für jeden Betrieb lohnt sich diese Investition, und nicht jedem Unternehmen sind angesichts dieses Kostenblocks die Vorteile der Lehrlingsausbildung klar. Vor diesem Hintergrund versuchen die IHKs, Unternehmen vom mittel- und langfristigen Nutzen der Ausbildung im eigenen Betrieb zu überzeugen. Hier geht es vor allem darum deutlich zu machen, dass sich die Wettbewerbsposition eines Unternehmens durch die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses verbessert.



Es zeigt sich, dass Unternehmen heute höhere Ansprüche an die Qualifikation von Jugendlichen stellen, als früher. Dennoch: Ein Jugendlicher, der heute die Schule mit der Mittleren Reife beendet, findet in der Regel auch einen Ausbildungsplatz – soweit es sich nicht um einen ausgefallenen Berufswunsch handelt. Es bleibt aber eine Problemgruppe, nämlich die der Hauptschüler und Hauptschülerinnen, die den höher werdenden Anforderungen der Betriebe nicht genügt. Diese Schere muss wieder geschlossen werden. Da sind zum einen die Schulen gefragt. Aber auch die Wirtschaft muss ihren Beitrag zur Problemlösung leisten, etwa durch Kooperation mit Schulen oder durch das Angebot von Einstiegsqualifizierungen für junge Leute, die keinen Ausbildungsplatz finden. Durchschnittlich sechs von zehn Jugendlichen wechseln nach diesen Maßnahmen in eine feste Ausbildung und belegen den Erfolg dieser Maßnahmen.

Wenn man die angesprochenen Themen Fachkräftemangel, mangelnde Ausbildungsreife und demografische Entwicklung zusammenführt, zeigt sich auf Seiten der Unternehmen die Befürchtung, dass es zu einem dauerhaften Missverhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und –nachfrage kommen wird. Hier ist auch die Politik gefragt. Zusammenfassend sind wir der Auffassung, dass es sich lohnt, das duale Berufsbildungssystem zu erhalten und an die Veränderungen anzupassen.

DISKUSSION





Bedeutung des Migrationshintergrundes und der sozialen Herkunft

37

Untersuchungen für Deutschland belegen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bei gleicher Fachnote – als Referenz wird hier die Note in Mathematik herangezogen – lediglich eine halb so hohe Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Die Ursachen hierfür sind noch nicht hinlänglich erforscht. Auch in Schweden zeigt sich ein ähnliches Bild. Bemerkenswert ist allerdings, dass schwedische Jugendliche mit Migrationshintergrund gleichzeitig überdurchschnittlich häufig in theoretisch ausgerichteten Bildungsprogrammen sowie in Post-Sekundarschulprogrammen vertreten sind. Dieser Befund spricht dafür, dass die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund entgegen der herkömmlichen Annahme sehr heterogen ist. Daher ist es zutreffender, von sozialer und nicht von ethnischer Segregation zu sprechen.

In Deutschland zeigt sich, dass neben den Schulnoten auch der soziale Hintergrund ausschlaggebend dafür ist, ob ein Kind eine Gymnasialempfehlung bekommt oder nicht. Nicht nur Leistung, sondern auch die soziale Zuschreibung zähle leider noch viel zu oft. Ein Erklärung könnten „soziale Vorurteile“ sein, die eine frühe Selektion im System fördern. Daher ist es dringend erforderlich, diese Mechanismen zu identifizieren und zu beseitigen. Ein Ansatzpunkt könnte die Einführung von Ganztagschulen sein, aber auch eine qualifizierte Schulsozialarbeit, die bereits in der Mittelstufe beginnen sollte, wäre hilfreich, um dem Trend entgegenzuwirken.

Ansatzpunkte für Reformen des Bildungssystems

Alle Experten und Expertinnen waren sich einig, dass weder in Schweden noch in Deutschland das Bildungsniveau jemals so hoch war wie heute. Das sei eine wichtige Errungenschaft der gegenwärtigen Bildungssysteme und

diese sollte in der Diskussion um den Reformbedarf der schulischen und beruflichen Bildung nicht vergessen werden.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass Reformen, die allein am dualen System und seinen Schnittstellen nach oben und unten ansetzen, zu kurz greifen. Das gesamte Bildungssystem gehöre auf den Prüfstand. Der demografische Wandel und der damit einhergehende Mangel an Fachkräften verstärken Forderungen nach einer Reform des Schulsystems. Kernpunkte sind eine stärkere individuelle Förderung, eine stärker pädagogisch ausgerichtete Lehrerbildung sowie Änderungen der Struktur der schulischen Bildung (Stichwort: dreigliedriges Schulsystem). Aber auch didaktische Fragen der Unterrichtsgestaltung stellen sich. Unterricht sollte sehr viel lebensnaher und sehr viel stärker an der Praxis ausgerichtet werden.

Auch in Schweden laufen derzeit Bemühungen, die Ausbildung in den Schulen zu verbessern. So wurden in Mathematik und in Schwedisch ab der dritten Klasse Zielvorgaben eingeführt. Zusätzlich wird gegenwärtig in die Lehreraus- und Fortbildung investiert. Ein weiterer Fokus der Diskussion lag auf den neunjährigen Grundschulen in Schweden. Reformen dürften nicht erst in der Sekundarstufe ansetzen, sondern so früh wie möglich, also bereits in den Grund- und Vorschulen.

Sowohl in Schweden als auch in Deutschland sei das Thema Bildung nicht nur eine Sache der Schulen und der Wirtschaft, sondern auch eine sehr wichtige Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik. In diesem Zusammenhang wurde Dänemark als beispielhaft genannt. Hier kommen eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zum Einsatz, um Jugendlichen, die das Gymnasium ohne einen Abschluss verlassen, eine Perspektive zu eröffnen. Ähnliches gebe es in Schweden bislang nicht, wurde kritisiert.

Einigkeit zeigte sich in der Auffassung, dass Bildungspolitik immer auch eine Auseinandersetzung um die „richtigen Werte“ sei. Das mache die Realisierung praktischer Lösungen oft so schwierig und langwierig.

Schließen der Ausbildungsplatzlücke

Berufsausbildung ist nicht nur eine Frage der Betriebsgröße, sondern auch des Bedarfs. Es zeigt sich aber auch, dass viele Unternehmen ausbilden könnten, es aber nicht tun. Gerade einige der im Börsenindex DAX notierten namhaften Großunternehmen stellen vergleichsweise wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung. Hier gehe es darum, so forderten einige Teilnehmer



und Teilnehmerinnen, ein Regelwerk zu finden, um mehr Unternehmen zur Ausbildung zu motivieren.

Qualitätssicherung der beruflichen Ausbildung

Bezogen auf das Übergangssystem wurde dafür plädiert, ein System der Anerkennung und Anrechnung der erworbenen Qualifikationen auf eine sich anschließende Berufsausbildung zu schaffen, denn sonst sei dieses System kaum mehr als eine ineffiziente Warteschleife, in der Jugendliche ohne Ausbildungsplatz lediglich „geparkt“ würden.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Debatte bezog sich auf die Frage der Qualitätssicherung der betrieblichen Ausbildung. Hier wurde diskutiert, ob in den Betrieben in jedem Fall eine systematische und auf die Anforderungen der Wissensgesellschaft vorbereitende Ausbildung vermittelt wird. Gerade in kleinen Handwerksbetrieben herrsche oft das Prinzip des auftragsbezogenen Lernens vor. Die systematische Vermittlung von Wissen komme hierbei zu kurz.

Eine eindeutige Antwort auf diese Frage gab es nicht. Denn immerhin schließen 85 % aller Auszubildenden ihre Lehre mit Erfolg ab. Auch ausländische Unternehmen bestätigen ein sehr hohes Ausbildungsniveau der Fachkräfte am Standort Deutschland. Ob es sinnvoll ist, angesichts der steigenden Zahl von Jugendlichen ohne Bildungsabschluss, die Ausbildungsstandards zu senken, wurde kontrovers diskutiert.

Vielmehr sei wichtig, zu einer Qualitätssicherung der betrieblichen Ausbildung zu kommen. Inzwischen gibt es neue Ausbildungsberufe, wie etwa den des KFZ-Mechatronikers, deren Ausbildungsinhalte vergleichbar sind mit den ersten Semestern eines Fachhochschulstudiums. Hier dürfe und könne in der Ausbildung nichts dem Zufall überlassen bleiben. Deutlich werde an diesem



40

Beispiel aber, dass die kommende Wissensgesellschaft nicht in allen Berufsfeldern gleichermaßen ihren Niederschlag finden wird.

Einigkeit bestand darin, dass die großen Stärken der dualen beruflichen Bildung in Deutschland mit den Anforderungen einer Wissensgesellschaft in Einklang gebracht werden müssen. Die derzeitigen Bemühungen um eine Entwicklung und Umsetzung des Europäischen Anrechnungssystems für die Berufsbildung (ECVET), das auf Kompetenzen und Lernerfolgen basiert und die Erfahrungen aus dem Europäischen Anerkennungssystem für Studienleistungen (ECTS) einbezieht, sei sehr förderlich für die Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung. In der deutschen Wirtschaft wurden von den Sozialparteien bereits erste Vorschläge zu einem Qualifikations- und Kreditpunktenrahmen konkretisiert und diskutiert.

Europäisches Anrechnungssystem für die berufliche Bildung – European Credit System for Vocational Education and Training (ECVET)

Im Rahmen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung entwickelt die Europäische Kommission derzeit ein Bewertungssystem für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Dies soll als Instrument dienen, Kompetenzen sichtbar und damit transparent zu machen. Ziel ist es, die Durchlässigkeit zwischen dem allgemeinbildenden, beruflichen und hochschulischen Bildungsbereich zu befördern, in informellen Lernprozessen erworbene Kompetenzen zu berücksichtigen und die Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu erhöhen.



INTERNETPORTALE ZUM THEMA



Berufsinstitut für Berufsbildung:

www.bibb.de



Bundesagentur für Arbeit:

<http://www.arbeitsagentur.de/>



Bundesministerium für Bildung und Forschung:

www.bmbf.de



Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

www.bmwi.de



Europäische Kommission:

http://ec.europa.eu/education/index_de.html



Deutscher Industrie- und Handelskammertag:

www.dihk.de



Friedrich-Ebert-Stiftung:

www.fes.de/forumpug



www.fes.de/stabsabteilung



Deutscher Gewerkschaftsbund:

www.dgb.de



Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Rheinland-Pfalz:

www.masgff.rlp.de



Ministerium für Bildung und Forschung, Stockholm:

<http://www.sweden.gov.se/sb/d/2063>



Rat der Europäischen Union:

<http://www.consilium.europa.eu/de>



Sozialdemokratische Partei Deutschland:

www.spd.de



Soziologisches Forschungsinstitut der Universität Göttingen:

www.sofi.uni-goettingen.de



Sozialhochschule der Universität Lund:

<http://www.sam.lu.se/o.o.i.s/3091>



Swedish Confederation of Professional Employees (TCO):

http://www.tco.se/Templates/Page2____2319.aspx



Swedish National Agency for Education:

<http://www.skolverket.se>



Swedish National Agency for Higher Education:

<http://www.hsv.se>



The Swedish Trade Union Confederation:

<http://www.lo.se>



ISBN 978-3-89892-845-8